

FIGUS-FORSCHUNGSPAPIER

Analyse der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2025

Autorinnen: Nora Wisniowski, Pia Rettig, Prof. Dr. Clarissa Kurscheid

Stand: 07.01.2025



Inhaltsverzeichnis

1. Analyse der Herausforderungen und programmatische Kritik	3
2. Quick Check: Analyse der Partei-Positionen und deren Gemeinsamkeiten	5
3. Detaillierte Übersicht zu den Wahlkampfthemen im Gesundheitswesen	7
(Ambulante) Gesundheitsversorgung und Zugang zu Leistungen	7
Stationäre Versorgung und Krankenhausreform.....	8
Pfleger- und Gesundheitsberufe	9
Pflege	10
Gesundheitspolitik und Finanzierung.....	11
Prävention, öffentliche Gesundheit und mentale Gesundheit	12
Digitalisierung im Gesundheitswesen	13
Pharmazie und Arzneimittel.....	13
4. Fazit zu gesundheitspolitischen Vorhaben aus den Wahlprogrammen	14
5. Links zu den Wahlprogrammen	17

1. Analyse der Herausforderungen und programmatische Kritik

Problemaufriss und Herausforderungen

Das deutsche Gesundheitswesen steht vor einem umfassenden Reformbedarf, der durch eine Vielzahl nicht abgeschlossener Baustellen aus der aktuellen Legislaturperiode deutlich wird. Zwar wurde die Krankenhausreform angestoßen, jedoch bleibt sie hinter den Erwartungen zurück und bedarf erheblicher Verbesserungen, um sektorenübergreifend Versorgungsbedarfe zu decken. Gleiches gilt für die kritische Finanzlage in der Pflege, die die bisherigen Maßnahmen nicht entschärfen konnten. Hinzu kommt ein eklatanter Reformstau zu den im Koalitionsvertrag genannten Vorhaben. Wichtige Schritte wie die Kompetenzerweiterung in der Pflege, einheitliche Regelungen für Ausbildungs- und Einsatzstandards sowie die Förderung von Akademisierung und Professionalisierung in den Gesundheitsberufen wurden nicht umgesetzt. Die ausstehende Reform der Notfallversorgung konnte nicht mehr verabschiedet werden. Auch in der ambulanten Versorgung bleiben bereits angestoßene Vorhaben, wie die Umsetzung der Gesundheitsregionen und die Entbudgetierung von Hausärzt:innen, aus. Darüber hinaus fehlen eine konsequente Resilienzstrategie für das Gesundheitssystem wie auch die angestrebte Stärkung von Prävention und öffentlicher Gesundheit u. a. durch die Errichtung des BIPAM.

Verschärft wird diese Situation durch die zunehmenden wirtschaftlichen Herausforderungen. Die Kosten für die Krankenversicherung steigen kontinuierlich, was zu einem Rekordbeitrag der Lohnnebenkosten führt, der mittlerweile 42,3 % des Bruttolohns ausmacht¹. Die durchschnittlichen Zusatzbeiträge der Krankenkassen liegen bei 17,5 Prozentpunkten, ohne dass die langfristige Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) als gesichert angesehen werden kann. Vor diesem Hintergrund muss auch die Finanzierung zukünftiger Reformvorhaben stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Ob Mehrkosten über Versichertengelder (und damit durch Beitragserhöhungen), durch Leistungskürzungen oder durch zusätzliche Steuermittel finanziert werden sollen, ist letztlich eine gesamtgesellschaftlich zu diskutierende Frage.

¹ Tagesschau 02.01.2025: "Lohnnebenkosten steigen auf Rekordhoch". Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/lohnnebenkosten-rekordhoch-krankenkassenbeitraege-100.html>, zuletzt abgerufen am 06.01.2025.

Kritik an den Wahlprogrammen

Die Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl bieten bislang keine ausreichenden Antworten auf die zentralen Probleme des Gesundheitssystems. Wichtige Themen wie die langfristige Sicherstellung der Finanzierung, die Gewinnung und Bindung von Fachkräften und der Bürokratieabbau werden entweder nur oberflächlich angesprochen oder gar nicht adressiert. Die Digitalisierung, eine notwendige Voraussetzung für eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung, wird vielfach ohne konkrete, praktikable Ansätze thematisiert. Während die Pflege in den Programmen breiten Raum einnimmt, werden andere Gesundheitsberufe nur am Rande oder gar nicht berücksichtigt.

Zudem fehlt es den Wahlprogrammen an Realismus: Finanzierungsforderungen werden aufgestellt, ohne aufzuzeigen, woher die benötigten Mittel kommen sollen. Beispiele wie die Idee eines vollständigen Lohnausgleichs für pflegende Angehörige (Die Linke) oder die Freistellung für Pflegeleistungen bei vollem Gehalt (Bündnis 90/ Die Grünen) erscheinen utopisch. Die Idee einer Bürgerversicherung wird in den Raum gestellt, ohne jedoch aufzuzeigen, wie diese unter den vorhandenen Rahmenbedingungen umgesetzt werden soll. Offen bleibt auch, wie in einer Bürgerversicherung das Gesundheitswesen zukünftig nachhaltig finanziert werden soll. Eine mutige Neustrukturierung des Systems, etwa durch die Zusammenlegung von SGB V und SGB XI im Sinne eines Präventions- und Versorgungsgesetzes, oder durch eine neue sektorenübergreifende und ergebnisorientierte Vergütungssystematik lassen alle Parteien außen vor. Damit wird die Chance vertan, statt kleinteiliger Reformen eine grundlegende Änderung der Gesetzgebung anzustreben.

2. Quick Check: Analyse der Partei-Positionen und deren Gemeinsamkeiten

	CDU/ CSU	SPD	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	FDP	AfD	Die Linke	BSW
(Ambulante) Gesundheitsversorgung und Zugang zu Leistungen							
Hausärzt:innen als erste Anlaufstelle für Patient:innen stärken	✓	✓	-	✓	-	-	✓
Bessere Terminkapazitäten für GKV-Patient:innen	-	✓	✓	-	-	-	-
Geschlechtsspezifische medizinische Versorgung fördern	✓	-	✓	✓	-	-	-
Versorgungszentren/ Gesundheitskioske etablieren	-	✓	✓	-	-	✓	
Regionale Versorgungsnetze fördern	-	✓	✓	-	-	✓	-
Sektorenübergreifende Versorgung stärken	✓	✓	✓	✓	-	✓	-
Den Zugang zu aktiver Sterbehilfe erleichtern	X	-	-	✓	X	-	-
Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren (§ 218 StGB streichen)	X	✓	✓	(✓)	X	✓	-
Stationäre Versorgung und Krankenhausreform							
Korrektur der Krankenhausreform	✓	-	✓	-	-	-	-
Fallpauschalen in der Krankenhausvergütung abschaffen	-	-	-	-	✓	✓	-
Ablehnung der Privatisierung von KH	-	-	-	-	✓	✓	✓
Pflege							
Pflegevollversicherung etablieren	-	-	-	-	-	✓	✓
Eigenanteile in der Pflege durch staatliche Unterstützung senken	-	✓	-	-	-	✓	✓
Die häusliche Pflege stärken	✓	-	-	-	✓	-	-
Eigenverantwortliche Vorsorge fördern	✓	✓	-	✓	-	X	X
Bessere Vereinbarkeit von Pflege/Beruf für pflegende Angehörige	✓	✓	✓	✓	✓	✓	-
Pflege- und Gesundheitsberufe							
Kompetenzerweiterung für Gesundheitsberufe	-	✓	✓	-	-	-	-
Verstärkte Anwerbung von ausländischen Fachkräften	✓	-	-	✓	X	-	X

	CDU/ CSU	SPD	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	FDP	AfD	Die Linke	BSW
Rückkehr-Offensive für Fachkräfte	-	-	✓	✓	✓	✓	-
Tarifgebundene Gehälter	-	✓	-	-	-	✓	-
Gesundheitspolitik und Finanzierung							
Eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen	X	✓	✓	X	X	✓	✓
Beitragsbemessungsgrenze in der GKV reformieren/abschaffen	-	-	✓	X	-	✓	-
Hausärztliche Leistungen entbudgetieren	-	✓	-	✓	✓	-	-
Einfluss von Finanzinvestoren im Gesundheitswesen begrenzen	-	-	✓	-	✓	✓	✓
Versicherungsfremde Leistungen v.a. über Steuermittel finanzieren	-	✓	✓	-	-	-	-
Beiträge von Bürgergeldempfänger:innen durch den Bund finanzieren	-	-	✓	-	✓	-	-
Prävention, öffentliche und mentale Gesundheit							
Den Zugang zu psychotherapeutischen Angeboten verbessern	-	✓	✓	✓	-	✓	-
An der Cannabis-Legalisierung festhalten	X	✓	✓	✓	X	✓	-
Bessere Vorbereitung auf zukünftige Bedrohungen/ Katastrophen	-	✓	✓	-	-	-	-
Aufarbeitung von Corona-Maßnahmen	-	-	-	-	✓		✓
Digitalisierung							
Ausbau der Datennutzung für Forschung und Versorgung	✓	-	✓	✓	X	X	-
Pharmazie und Arzneimittel							
Produktions-/Standortbedingungen für Pharmaunternehmen verbessern	✓	✓	-	✓	✓	X	-

3. Detaillierte Übersicht zu den Wahlkampfthemen im Gesundheitswesen

(Ambulante) Gesundheitsversorgung und Zugang zu Leistungen

CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	FDP	AfD	Die Linke	BSW
<p>Die CDU fordert eine stärkere Steuerungsfunktion der Hausarztpraxen für Patient:innen. Diese soll zu einer besseren Koordination der Behandlungsabläufe beitragen und Wartezeiten senken. Gleichzeitig soll die sektorenübergreifende Versorgung vorangetrieben werden. Sie will die Geburtshilfe und medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen zukunfts-fest umgestalten und die geschlechtsspezifische Medizin als eigenes Aufgabenfeld vorantreiben.</p>	<p>Die SPD will eine Termin-garantie der GKV und KVen durchsetzen, sodass gesetzlich Versicherte genauso schnell wie Privat-versicherte einen Termin erhalten (bei Nichteinhal-tung Anspruch auf Bei-tragsreduzierungen). Die Budgetierung von Haus-ärzt:innen soll wegfallen und die Gründung kommu-naler MVZ erleichtert wer-den. Die SPD setzt auf re-gionale Versorgungsnetz-werke und sektorenüber-greifende Versorgung för-dern. Der Zugang zu Ver-sorgungsangeboten für vul-nerable Gruppen soll bspw. durch Gesund-heitskioske verbessert werden.- Gezielte Lösun-gen sollen für Krankheiten wie Endometriose, The-men rund um Geburt und Wechseljahre entwickelt werden.</p>	<p>Die Grünen planen einen Sprechstundenanteil für ge-setzlich Versicherte. Zudem sollen Vertragsärzt:innen von unnötiger Bürokratie entlastet werden. Sie wol-len Projekte zur Ursachen-forschung bei ME/CFS und Long-COVID finanzieren und dafür sorgen, dass „Forschung, Ausbildung und medizinische Praxis [...] geschlechtsspezifische As-pekte zur Verbesserung der Frauengesundheit zwingend berücksichtigen“. Die Tren-nung der Finanzsysteme von ambulanter und statio-närer Versorgung soll über-wunden und die Verteilung von Niedergelassenen en-ger mit der Krankenhaus-planung der Länder ver-knüpft werden. Sie befür-worten regionale Verbünde (Gesundheitsregionen) und gemeinsame Versorgungs-zentren.</p>	<p>Die FDP setzt auf ein Pri-märztsystem von Haus- und Kinderärzt:innen als erste An-laufstelle und will eine Ent-budgetierung für Hausärzt:innen erreichen. Sie fordert eine bessere finanzielle Förderung von Kinderwunschbehandlun-gen und eine Verbesserung der Frauengesundheit durch geschlechtsspezifische Ver-sorgung und Erforschung von Krankheiten wie z.B. PCOS, Li-pödem oder Brustkrebs. Un-gewollt Schwangeren will die FDP z.B. durch einen verbes-serten Zugang zu medikamen-tösen Abbruchmethoden hel-fen. Künstliche Sektorenbarri-eren zwischen ambulantem und stationärem Raum sollen abgebaut und die Vernetzung aller Versorgungsbereiche weiterentwickelt werden.</p>	<p>Die AfD fordert, die Ratio-nierung ärztlicher Leistun-gen durch den Zwang, Be-handlungen ohne Vergü-tungsanspruch zu erbrin-gen, zu beenden. Unge-steuerter Leistungsaus-weitung soll mit Bonus-/Rückvergütungssystemen begegnet werden. Im ländlichen Raum sollen fi-nanzielle und organisato-rische Hilfen für niederge-lassene Ärzt:innen entwi-ckelt werden. Die AfD lehnt alle Bestrebungen, Abtreibungen zu einem Menschenrecht zu erklä-ren, ab. Sie soll die abso-lute Ausnahme bleiben (z.B. bei kriminologischer oder medizinischer Indi-kation). Stattdessen sol-len Möglichkeiten der ano-nymen/vertraulichen Ge-burt ausgebaut werden.</p>	<p>Die Linke fordert eine flächendeckende, bar-rierefreie und bedarfs-gerechte Versorgung und setzt dabei auf kommunale Versor-gungszentren als zent-rale Anlaufstelle für Pa-tient:innen. Sie befür-wortet eine (Teil-)Fi-nanzierung der künstli-chen Befruchtung auch bei unverheirate-ten/lesbischen/quee-ren Paaren und will für mehr Selbstbestim-mung bei der Geburt eintreten. Die Linke for-dert den Bund auf, sek-torenübergreifende Be-handlung und regio-nale Grundversorgung verlässlich und ausrei-chend zu finanzieren.</p>	<p>Das BSW will eine höhere Vergütung für Hausärzt:innen als Ansprechpart-ner der Patient:in-nen durchsetzen. Das Vordringen von Finanzinvestor:in-nen in Arztpraxen und MVZ soll ge-stoppt werden. Das BSW fordert, not-wendigen Zahner-satz und Sehhilfen vollständig in den Leistungskatalog zurückzuholen.</p>

Stationäre Versorgung und Krankenhausreform

CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	FDP	AfD	Die Linke	BSW
Die CDU fordert, dass die Planungshoheit der Länder unberührt bleibt. Fehlsteuerungen in Folge der Krankenhausreform will sie korrigieren.	(-)	Die Grünen wollen die Krankenhausreform nachbessern und private Krankenversicherungen an den Kosten beteiligen.	Die FDP plant, spezialisierte bzw. bessere Angebote vorzuhalten, die Kostenentwicklung zu bremsen und gleichzeitig Ärzt:innen und Pflegekräfte zu entlasten.	Die AfD sieht die anstehende Krankenhausreform als nicht zur Problemlösung geeignet. Sie verfolgt die Abschaffung der Fallpauschalen und die Rückkehr zu individuellen Budgetvereinbarungen zwischen Krankenhäusern und dem GKV-Spitzenverband. Sie lehnt die Privatisierung von Akutkrankenhäusern ab.	Die Linke sieht eine Finanzierung der Betriebskosten von Krankenhäusern durch die Krankenkassen vor. Zusätzlich sollen Fallpauschalen vollständig abgeschafft werden. Dies soll Gewinne bzw. Verluste weitgehend unmöglich machen und einen Interessenverlust privater Betreiber:innen zur Folge haben. Ihr Plan ist, aufgegebene Krankenhäuser wieder in die öffentliche Hand zu überführen. Zudem fordert sie Bund und Länder dazu auf, nachhaltig in die Krankenhäuser zu finanzieren.	Das BSW will die Krankenhausreform rückgängig machen. Krankenhausschließungen und -privatisierungen lehnt sie ab.

Pflege- und Gesundheitsberufe

CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	FDP	AfD	Die Linke	BSW
<p>Die CDU möchte mithilfe von planbaren Einsatzzeiten, Springerpools, neuen Berufsbildern und Anwerbungen im Ausland die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte attraktiver gestalten. Zudem will sie den Einsatz multiprofessioneller Teams unterstützen und Dokumentationsprozesse vereinfachen.</p>	<p>Die SPD setzt auf eine bundeseinheitliche und bedarfsgerechte Personalausstattung für alle Beschäftigtengruppen sowie tarifgebundene Gehälter. Sie sieht zudem eine Erweiterung der Befugnisse von Pflegekräften vor und setzt ebenfalls auf die Anwerbung und Integration von ausländischen Fachkräften. Eine kostenfreie und wohnortnahe Ausbildung unter einheitlichen Standards, eine verlässliche und faire Vergütung sowie Mitbestimmungsmöglichkeiten sollen die Ausbildungs- und PJ-Bedingungen verbessern. Zudem will die SPD das Advanced Practice Nursing (APN) und das Konzept der Gemeindeschwester vorantreiben.</p>	<p>Die Grünen fordern mehr Kompetenzen für Gesundheitsberufe, verfolgen die Umsetzung höherer Personalschlüssel und streben eine bessere Arbeitsteilung und Zusammenarbeit zwischen den Berufsgruppen auf Augenhöhe an. Auch die Ausbildungsbedingungen für Auszubildende sollen verbessert und für die Pflegeassistenten vereinheitlicht werden. Sie planen, Fachkräfte mit einer Rückkehr-Offensive zurückzugewinnen. Zusätzlich sollen die Arbeitsbedingungen für Hebammen besonders im Krankenhaus attraktiver gestaltet werden und zusätzliche Programme für Gemeindeggesundheitspfleger:innen/„Medizin auf Rädern“ geschaffen werden.</p>	<p>Die FDP will sowohl im Inland als auch im Ausland mehr Pflegekräfte gewinnen. Hierzu soll das Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegekräfte vereinfacht werden. Zur Entlastung des Pflegepersonals setzen sie auf digitale Anwendungen, Automatisierung und Robotik.</p>	<p>Die AfD lehnt Pflegekammern sowie die Abschaffung des Heilpraktikerberufs ab, fordert allerdings eine Nachbesserung des Heilpraktikergesetzes. Pflegepersonal aus dem Ausland soll uneingeschränkt (fachlich und sprachlich) dem deutschen Standard genügen. Sie strebt zudem eine Ausweitung des Studienplatzangebotes für Zahn- und Humanmedizin an, die Plätze sollen vorrangig an Bewerber:innen mit deutscher Staatsangehörigkeit vergeben werden.</p>	<p>Die Linke fordert flächendeckende Entlastungstarife sowie bessere Arbeitsbedingungen und eine Rückwerbe- und Ausbildungskampagne für Pflegekräfte und weitere Beschäftigte im Gesundheitswesen. Gesundheitsberufe sollen stärker eigenverantwortlich behandeln und versorgen können. Outsourcing, um Löhne zu drücken oder Tarifverträge zu umgehen soll unterbunden werden. Zudem will sie für eine Regulierung der Beschäftigungsverhältnisse ausländischer Arbeitskräfte in der „24-Stunden Betreuung“ eintreten und die Ausbeutung jener verhindern.</p>	<p>Das BSW will durch eine bessere Bezahlung sowie die Schaffung von mehr Ausbildungen und Medizinstudienplätzen die Arbeitsbedingungen verbessern.</p>

Pflege

CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	FDP	AfD	Die Linke	BSW
<p>Zur Finanzierung der Pflege wird auf einen Mix bestehend aus gesetzlicher Pflegeversicherung, betrieblicher Mitfinanzierung, Steuermitteln und eigenverantwortlicher Sorge gesetzt. Die häusliche Versorgung Pflegebedürftiger steht bei der CDU im Mittelpunkt, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf soll unter anderem durch ein flexibles Pflegebudget gestärkt werden. Bezahlbare Pflegezusatzversicherungen könnten die Finanzierungslücke schließen und eine enge Verzahnung von MD und Heimaufsicht soll Doppelstrukturen vermeiden. Zudem setzt die CDU auf einen Abbau von Sektorengrenzen durch neue Wohn- und Betreuungsformen. Die aktive Sterbehilfe wird von der CDU abgelehnt, stattdessen soll das Angebot der Hospiz- und Palliativversorgung ausgebaut werden.</p>	<p>Die SPD fordert ein solidarisch finanziertes Pflegesystem, bei welchem private Pflegeversicherungen in den RSA zwischen allen Pflegekassen einbezogen werden. Hohe Eigenanteile in der stat. Langzeitpflege sollen durch einen „Pflege-Deckel“ auf 1.000€ pro Monat reduziert werden. Investitionskosten für Heime sollen nicht mehr vollständig auf Bewohner:innen umgelegt werden dürfen und die Bürokratie abgebaut werden. Mehr Zeitouveränität für pflegende Angehörige soll durch Familienpflegezeit/-geld erreicht werden. Außerdem will die SPD die Bevorzugung von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen bei der Vergabe von sozialem Wohnraum durchsetzen und (digitale) Beratungsangebote für diese Personengruppen ausbauen.</p>	<p>Die Grünen fordern wie die SPD einen Ausgleich zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung und den bürokratischen Aufwand zu reduzieren. Ein weiteres Ziel ist der Ausbau von Angeboten vor Ort und eine Herausforderung der Pflegebedürftigkeit zu erreichen. Sie streben eine flexiblere Kombinationsmöglichkeit von Leistungen für Pflegebedürftige an und wollen sie finanziell entlasten. Der Zugang zur Tagespflege soll verbessert und ausgebaut werden. Finanzielle Entlastung für pflegende Angehörige soll in Form eines zeitlich begrenzten Ausgleichs der entgangenen Einkünfte erfolgen, mehrere Personen sollen sich die Pflege teilen können und berufliche Freistellungen flexibler möglich gemacht werden.</p>	<p>Eine Entlastung pflegender Angehöriger plant die FDP mithilfe von besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch die Situation und Bedürfnisse pflegender Kinder und Jugendlicher soll stärker in den Fokus rücken und niederschwellige Beratungsangebote ausgebaut werden. Finanziell fordert die FDP eine Diversifizierung, zur Stabilisierung der Beitragssätze soll die soziale Pflegeversicherung um eine kapitalgedeckte Komponente ergänzt werden. Zudem verfolgt sie die Gleichbehandlung betrieblicher Pflegevorsorge und Betriebsrente und will Anreize für die private Pflegevorsorge schaffen. Die FDP befürwortet das Recht auf selbstbestimmtes Sterben und fordert, Sterbehilfe zukünftig rechtssicher in Anspruch nehmen zu können.</p>	<p>Die AfD fordert, die häusliche Pflege höher finanziell zu honorieren und pflegende Angehörige bei Krankheit oder Urlaubswunsch durch verbesserte ambulante sowie ausgeweitete, befristete stationäre Angebote zu unterstützen. Sie lehnt die Möglichkeit zur Sterbehilfe ab und fordert stattdessen alle Möglichkeiten der palliativmedizinischen Behandlung zu nutzen.</p>	<p>Die Linke will eine Pflegevollversicherung durchsetzen, die alle pflegerischen Leistungen abdeckt und keine Eigenanteile für Pflegebedürftige und ihre Familien aufkommen lässt. Diese Vollversicherung soll zudem wohnortnahe, nichtkommerzielle professionelle Tages- und Kurzzeitpflege sowie Entlastungsangebote abdecken. Die Linke verfolgt das Ziel, die Finanzierung der Pflege auf Kostendeckung auszurichten und Pflegekonzerne aus der stationären Pflege zu verdrängen, um die Einrichtungen in öffentliche Hand zu überführen. Alle pflegenden Angehörigen sollen Geldleistungen und Rentenpunkte erhalten und bei erstmaligem Auftreten eines Pflegefalls in der Familie das Recht auf 6 Wochen Freistellung bei vollem Lohnausgleich durch den Arbeitgeber haben.</p>	<p>Das BSW strebt eine Pflegevollversicherung an, die überwiegend aus Steuermitteln finanziert wird. Die Eigenanteile für Heimbewohner:innen sollen gesenkt werden.</p>

Gesundheitspolitik und Finanzierung

CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	FDP	AfD	Die Linke	BSW
Die CDU will den Kassen-Wettbewerb stärken und mehr Effizienz beim Einsatz von Beitragsgeldern erreichen.	Die SPD will zukünftig eine solidarische Bürgerversicherung etablieren, bei dem auch die privaten Versicherungen zum RSA beitragen und somit eine Stärkung des beitragsfinanzierten Umlagesystems erreicht wird. Das Ziel ist ein einheitliches und einfaches Vergütungssystem, das gleichzeitig die Vorhaltekosten der Leistungserbringer absichert. Versicherungsfremde Leistungen sollen künftig verstärkt aus Steuermitteln finanziert werden.	Die Grünen wollen hin zu einer Bürgerversicherung und dabei eine Reform der Beitragsbemessung erreichen. Kapitaleinnahmen sollen hinzugezogen und die Mindestbemessungsgrenze reformiert werden. Versicherungsfremde Leistungen sollen reduziert werden. Sie planen eine Finanzierung der Rentenbeiträgen von pflegenden Angehörigen und der Beiträge von Bürgergeldempfänger:innen durch den Staat. Der Einfluss von Finanzinvestor:innen soll begrenzt und öffentliche, gemeinnützige Träger gestärkt werden.	Die FDP lehnt die Einführung einer Einheitskasse ab, hält am dualen System fest und will die Wechsel- und Wahlfreiheit der Versicherten stärken. Zudem sollen alle Leistungsausweitungen der letzten 10 Jahre Evidenz-, Effizienz- und Wirtschaftlichkeits-checks unterzogen werden, um ungenügende Leistungen zu streichen.	Die AfD fordert die beitragsfreie Mitversicherung der Bürgergeldempfänger:innen zukünftig vollständig aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren. Zudem soll eine Senkung der hohen Verwaltungskosten durch Vereinfachung der aufgesplitteten Selbstverwaltungsstrukturen erfolgen.	Die Linke plant den Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze und fordert Beitragserhebungen auf Einkommen aus Kapitalerträgen und anderen Einkommensarten. Privatversicherte sollen in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogen werden. Sie fordert einen Stopp von Investitionen und teurem Weiterverkauf durch private Kapitalgesellschaften (insbesondere Private Equity) von Pflegeeinrichtungen und MVZ.	Das BSW plant die Einführung einer Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege, in die alle Bürger:innen mit ihrem Einkommen einzahlen. Ziel ist die Abschaffung der Zusatzbeiträge und dauerhaft geringere Beiträge.

Prävention, öffentliche Gesundheit und mentale Gesundheit

CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	FDP	AfD	Die Linke	BSW
<p>Die CDU will ambulante und stationäre Versorgungsangebote für psychische Erkrankungen bedarfsgerecht verbessern, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Präventionsangebote sollen in allen Lebensbereichen verbessert werden, um Menschen in ihrer Eigenverantwortung und Gesundheitskompetenz zu stärken. Die Cannabis-Legalisierung will die CDU zurücknehmen.</p>	<p>Die SPD will besser auf zukünftige Ereignisse wie z.B. eine erneute Pandemie vorbereiten. Zudem hat sie das Ziel, dass alle Menschen, die eine Psychotherapie benötigen, zügig einen Therapieplatz erhalten. Die ePA soll als „persönlicher Gesundheitsberater für Versicherte“ auch für die Prävention genutzt werden und die Präventionsangebote zu Sucht und psychischen Erkrankungen durch niederschwellige (digitale) Angebote und Schulkampagnen ausgebaut werden. Zudem sollen verbindliche Ziele zur Reduktion ungesunder Inhaltsstoffe in Lebensmitteln festgehalten werden. Sie fordern strengere Regulierungen, Wettbewerbsbeschränkungen und Altersgrenzen für Drogen.</p>	<p>Die Grünen wollen den ÖGD stärken und das Gemeinwesen besser auf Bedrohungen vorbereiten (u.a. Vorrat mit Arzneimitteln und Medizinprodukten sowie regelmäßige Katastrophenschutzübungen). Sie streben einen Bündler-Pakt für mentale Gesundheit an und wollen niederschwellige Zugänge zu psychosozialen und therapeutischen Angeboten ermöglichen. Außerdem sollen Kinder vor Werbung durch ungesunde Lebensmittel geschützt werden und Maßnahmen zum Senken des Zuckergehalts von Softdrinks eingeführt werden. Die Grünen halten an dem Ziel des Verkaufs von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften weiter fest und wollen gleichzeitig Angebote für Prävention, Therapie und Schadensminderung ausbauen.</p>	<p>Die FDP fordert eine Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen und will niederschwellige, digitale Angebote schaffen. Die Wartezeit auf einen Therapieplatz soll auf unter 4 Wochen verkürzt werden und die Suizidprävention ausgebaut werden. Die Präventionsstrategie der FDP setzt auf Digitalisierung, z.B. durch Apps, Telemedizin und Wearables (für die nutzenden Versicherten reduzierter Zusatzbeitrag). Sie will die Prävention auch bei Suchtmitteln in den Fokus rücken. An der Cannabis-Legalisierung hält die FDP fest und will Aufklären anstatt zu Kriminalisieren.</p>	<p>Die AfD strebt eine Reformation der Finanzierung der WHO an, den WHO-Pandemievertrag lehnt sie ab. Sollte eine Reform nicht möglich sein, befürwortet sie den Austritt Deutschlands aus der WHO. In Bezug auf Impfungen sieht sie eine Beweiserleichterung für den Nachweis von Impfschäden vor und betont das Grundrecht auf Selbstbestimmung und die körperliche Unversehrtheit. Die AfD sieht in der Cannabis-Legalisierung einen Fehler, der korrigiert werden muss. Die sucht-psychiatrische Versorgung will sie ausbauen.</p>	<p>Die Linke spricht sich für die gezielte Bereitstellung von Geldern aus, um Forschung zu öffentlicher Gesundheit und die nichtkommerzielle klinische Forschung zu fördern. Sie sieht eine Reform der Bedarfsplanung für vertragsärztliche Kassensitze und der Ausbildungsfinanzierung und -vergütung vor. Zudem will sie eine Stärkung von Präventions-, Beratungs- und Hilfsangeboten durchsetzen. Die Linke bestrebt ein Werbe-/Sponsoringverbot für Tabak, Alkohol, andere Drogen und Glücksspiel. Sie setzt auf die Entkriminalisierung von Drogen und die Legalisierung von Cannabis. Parallel sollen Aufklärungskampagnen anlaufen und der organisierten Kriminalität der Kampf angesagt werden.</p>	(-)

Digitalisierung im Gesundheitswesen

CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	FDP	AfD	Die Linke	BSW
Die CDU will die Digitalisierung in Arztpraxen und ambulanten Versorgung gezielt unterstützen. Die Weitergabe der persönlichen Gesundheitsdaten für klinische Studien soll freiwillig erfolgen.	Die SPD fordert den Ausbau von KI-gestützter Dokumentation und den digitalisierten Datenaustausch zur Unterstützung bei der Erforschung neuer Therapien. Die Zusammenarbeit zwischen den Sektoren soll durch den Einsatz von Telemedizin und Telepharmazie verbessert werden.	Die Grünen betonen: „Unnötige Bürokratie, die heutzutage digital und effizienter laufen könnte, muss abgebaut und der Nutzen für Patient*innen erhöht werden, auch durch den Einsatz künstlicher Intelligenz.“	Die FDP will unnötige Bürokratie abbauen und die Digitalisierung vorantreiben.	Die AfD lehnt die Schaffung einer zentralen Datenbank mit Anbindung von Kliniken/Praxen/Psychotherapeut:innen/Apotheken zur Speicherung vertraulicher Patientendaten ab. Stattdessen sieht sie die Speicherung eines Notfalldatensatzes bestehend aus Medikamentenplan und Patientenverfügung auf der Gesundheitskarte vor.	Die Linke fordert, dass die elektronische Patientenakte konsequent auf die Verbesserung der Behandlung ausgerichtet sein soll und keine großen Datenmengen ohne das Wissen der Patient:innen auch für kommerzielle Player freigegeben werden. Zudem soll eine wissenschaftliche Bewertung für digitale Gesundheitsanwendungen erfolgen.	(-)

Pharmazie und Arzneimittel

CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	FDP	AfD	Die Linke	BSW
Die CDU fordert eine Apothekenreform zur Stärkung der Präsenzapotheken. Die Standort- und Wettbewerbsbedingungen für Pharma- und Gesundheitswirtschaft in Deutschland will sie verbessern und die Entwicklung neuer Produkte erleichtern, z.B. durch schnellere Zulassungsverfahren. Sie sieht eine Sicherung der Lieferketten auch bei der Grundversorgung vor und will die Entwicklung von Reserveantibiotika, Impfstoffen und Forschung an Kinderarzneimitteln sowie die Krebstherapie verbessern.	Die SPD will Liefersicherheiten für alle Arzneimittel und setzt dabei auf eine stärkere Produktion von Arzneimitteln in Deutschland und Europa. Zudem fordert die SPD die Möglichkeit für Krankenkassen und andere nationale/europäische Akteure, größere Mengen an Therapien über längere Zeiträume einkaufen zu dürfen. Sie verfolgt das Ziel von personalisierten Therapiemöglichkeiten für Prävention und Behandlung zu erschwinglichen Preisen.	Die Grünen planen eine Reform der Apothekenfinanzierung.	Die FDP will den Produktions- und Forschungsstandort Deutschland stärken. Dazu soll ein frühzeitiger Zugang zu nutzenbringenden und innovativen Arzneimitteln ermöglicht werden, z.B. durch ein beschleunigtes Zulassungsverfahren. Sie will die Regeln der Nutzenbewertung und Preisverhandlungen überprüfen und Therapieerfolge besser vergüten.	Die AfD plant den Versandhandel mit rezeptpflichtigen Medikamenten nicht mehr zuzulassen. Sie befürwortet die Rückverlagerung der pharmazeutischen Produktion nach Deutschland und in sichere Herkunftsländer. Der Arzneimittelgroßhandel in Deutschland soll dazu verpflichtet werden, mind. die Menge der durchschnittlichen zwei Monatsbedarfe bei versorgungsrelevanten Arzneimitteln vorzuhalten.	Die Linke will den Einfluss der Pharmakonzerne zurückdrängen und hin zu mehr öffentlicher Kontrolle über Arzneimittelforschung. Sie fordert eine EU-einheitliche Festlegung der Preise.	(-)

4. Fazit zu gesundheitspolitischen Vorhaben aus den Wahlprogrammen

CDU/CSU

Die CDU/CSU setzt auf Effizienz im Gesundheitswesen und möchte den Wettbewerb zwischen Krankenkassen fördern, ohne das duale System aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung abzuschaffen. Fehlsteuerungen infolge der Krankenhausreform sollen korrigiert werden – welche das sind und was konkret verbessert werden soll, wird nicht benannt. Der Abschnitt „Pflege zukunftsfest machen“ nimmt einen großen Teil ein und setzt damit einen Fokus für die gesundheitspolitischen Vorhaben der CDU/CSU. Sie legt Wert auf häusliche Betreuung und möchte ein Pflegebudget einführen, das flexibel eingesetzt werden kann. Die Lücke in der Finanzierung der Pflege soll u. a. durch private Pflegezusatzversicherungen geschlossen werden. Hausärzt:innen sollen eine stärkere Rolle in der Steuerung der Patientenversorgung übernehmen, u.a. um Wartezeiten zu verkürzen. Die Union möchte bessere Versorgungsangebote für psychische Erkrankungen schaffen und die Gesundheit von Frauen stärker in den Fokus nehmen. Apotheken sollen gestärkt werden, wie auch die Pharma- und Gesundheitswirtschaft. Das Cannabis-Gesetz der Ampel soll wieder abgeschafft werden.

SPD

Die SPD strebt die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung an. Versicherungsfremde Leistungen sollen künftig aus Steuermitteln finanziert werden. Regionale Versorgungsnetzwerke, Gesundheitskioske und mehr Kooperation zwischen ambulanten und stationären Einrichtungen sollen die Versorgung verbessern. In der ambulanten Versorgung soll eine Termingarantie für gesetzlich Versicherte und die Entbudgetierung von Hausärzt:innen eingeführt werden. Die Attraktivität der Gesundheitsberufe soll durch bundeseinheitliche Personalausstattung, tarifgebundene Gehälter und Kompetenzerweiterung für die Pflege gestärkt werden. Die bereits angestoßenen Reformen im Rettungsdienst und der Notfallversorgung sollen umgesetzt werden. Zukünftig soll ein gemeinsam finanziertes Pflegesystem gelten und die Eigenanteile in der Pflege sinken. Die SPD plant einen Pflege-Deckel, um die finanziellen Belastungen in der stationären Langzeitpflege auf maximal 1000 €/ Monat zu reduzieren, und möchte pflegende Angehörige stärker unterstützen. Wie diese Finanzierung umgesetzt werden soll, bleibt unklar.

Bündnis 90/Die Grünen

Die Grünen wollen, wie auch die SPD, eine Bürgerversicherung unter Einbeziehung aller Einkommensarten und einer Reform der Beitragsbemessung einführen. Sie streben einen Abbau sektoraler Barrieren zwischen ambulanter und stationärer Versorgung an und setzen auf regionale Verbände, die „Gesundheitsregionen“. In der hausärztlichen Versorgung wollen sie Sprechstundenanteile für gesetzlich Versicherte durchsetzen. Die Digitalisierung, etwa durch Telemedizin und KI, soll zur Verbesserung der Patientenversorgung genutzt werden. Für die Gesundheitsberufe sollen höhere Personalschlüssel umgesetzt und eine Kompetenzerweiterung ermöglicht werden. Prävention und innovative Pflegeformen stehen im Mittelpunkt, um Pflegebedürftigkeit zu verzögern. Zudem sollen flexiblere Leistungskombinationen ermöglicht werden, z.B. in Form eines

„Pflegebudgets“ und Angehörige finanziell unterstützt werden. Wie auch bei der SPD soll langfristig eine „Pflegebürgerversicherung“ eingeführt werden. Es bleibt unklar, wie die geplanten Leistungen in der Pflege refinanziert werden sollen.

FDP

Die FDP lehnt eine Einheitskasse (sog. Bürgerversicherung) ab und setzt auf die Beibehaltung des dualen Systems. Sie fordert eine Überprüfung von Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung auf Effizienz und Wirtschaftlichkeit. Leistungen, welche diesen Prinzipien nicht entsprechen, sollen gestrichen werden. Finanzielle Eigenvorsorge soll gestärkt und Verwaltung vereinfacht werden. Eigenverantwortung in der Prävention und ambulante Versorgung stehen im Fokus, beispielsweise durch Apps und Wearables. Die geringeren Kosten digitaler Angebote sollen den Krankenkassen ermöglichen, Versicherten einen reduzierten Zusatzbeitrag anzubieten. Zudem will die FDP Deutschland als Produktionsstandort für Arzneimittel stärken sowie Zulassungsverfahren und Nutzenbewertung reformieren.

AfD

Die AfD lehnt die Einführung einer Bürgerversicherung ab und betont die Bedeutung von Eigenverantwortung im Gesundheitswesen. Sie will pflegende Familien unterstützen und spricht sich gegen aktive Sterbehilfe aus. Eine zentrale Datenspeicherung von Patient:innendaten wird abgelehnt, lediglich Medikamentenpläne und Patient:innenverfügungen sollen auf der Gesundheitskarte gespeichert werden. Fallpauschalen in der stationären Versorgung sollen abgeschafft und eine Rückkehr zu individuellen Budgetverhandlungen zwischen den Häusern und dem GKV-SV angestrebt werden. Die Hausärzt:innen hingegen sollen entbudgetiert und Niederlassungshilfen für Ärzt:innen im ländlichen Raum etabliert werden. Die Cannabis-Legalisierung sieht die AfD als Fehler an.

Die Linke

Die Linke fordert einen Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze und die Einbeziehung aller Einkommensarten für die Beiträge der GKV. Eine Pflegevollversicherung, die alle Leistungen ohne Eigenanteile abdeckt, soll eingeführt, die Arbeitsbedingungen im Pflegebereich verbessert und Angehörige unterstützt werden. Kommunale Gesundheitszentren sollen als zentrale Anlaufstelle für Patient:innen ausgebaut werden. Fallpauschalen im stationären Bereich sollen wieder abgeschafft werden. Private Gesundheitseinrichtungen im stationären Bereich (Pflege, KH) sollen wieder in die öffentliche Hand übergehen. Zur Finanzierung der stationären Versorgung und der Übernahme durch öffentliche Träger fehlen jedoch konkrete Vorschläge. Die ePA soll konsequent auf die Verbesserung der Behandlung ausgerichtet sein und nicht ohne Wissen der Patient:innen für kommerzielle Player freigegeben werden.



BSW (bisher nur Kurzwahlprogramm)

Das BSW setzt auf nichtkommerzielle Pflegeangebote und sieht die Bürgerversicherung, in die alle Bürger:innen mit ihrem Einkommen einzahlen, als langfristiges Ziel. Tagespflege und Kurzzeitpflege sollen ausgebaut, die häusliche Pflege gestärkt werden. Gefordert wird eine Pflegevollversicherung, die überwiegend aus Steuermitteln finanziert wird. Die BSW sieht Hausärzt:innen als zentrale Ansprechpartner:innen im Gesundheitswesen an und fordert eine höhere Vergütung jener. Die Krankenhausreform soll rückgängig gemacht und Krankenhausprivatisierungen gestoppt werden.

5. Links zu den Wahlprogrammen

CDU/CSU: <https://www.politikwechsel.cdu.de/sites/www.politikwechsel.cdu.de/files/docs/politikwechsel-fuer-deutschland-wahlprogramm-von-cdu-csu-1.pdf>

SPD: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/Entwurf_Regierungsprogramm_2025.pdf

Bündnis 90/DIE GRÜNEN: https://cms.gruene.de/uploads/assets/20241216_BTW25_Programmentwurf_DINA4_digital.pdf

AfD: https://www.bundestagswahl-bw.de/fileadmin/bundestagswahl-bw/2025/Wahlprogramme/AfD_Leitantrag-Bundestagswahlprogramm-2025.pdf

Die Linke: https://www.die-linke.de/fileadmin/1_Partei/parteitage/Au%C3%9Ferordentlicher_Parteitag_25/Wahlprogramm_Entwurf.pdf

BSW: <https://bsw-vg.de/wp-content/themes/bsw/assets/downloads/BSW%20Kurzwahlprogramm.pdf>